

07.08.2012 [12:30 Uhr]

Reform des Bankeninsolvenzrechts noch heuer umsetzen



Teilen

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder fordert die Umsetzung der Reform des Bankeninsolvenzrechts noch heuer. Für Schieder ist der Beginn der Arbeiten am Bankeninsolvenzrecht „Vorbedingung für alle weiteren Überlegungen“ in Sachen Bankenhilfe. Denn immer wieder Bankenhilfe zu gewähren, das Insolvenzrecht aber nicht zu reformieren, lässt sich nicht argumentieren.

Kritik übt der Staatssekretär daran, dass beim Bankeninsolvenzrecht das ganze Frühjahr über und auch im Sommer nichts weitergegangen ist, obwohl die Vorarbeiten auf Expertenebene bereits weit gediehen sind. Die Verantwortung dafür sieht er bei der Finanzministerin; bei dieser „anderen politischen Seite“ im Finanzministerium ist das Bankeninsolvenzrecht „nicht ganz erwünscht“.

Seit Rettung von Hypo und Volksbanken nichts weitergegangen

Schieder kritisiert, dass beim Bankeninsolvenzrecht nach der Rettung der Hypo Alpe Adria und der Volksbanken durch den Staat nichts weitergegangen ist. Er fordert nun eine rasche Wiederaufnahme der Arbeiten an der Reform, sodass das neue Bankeninsolvenzrecht zum 1.1.2013 in Kraft treten kann. Dass es immer wieder Bankenhilfen gibt, aber keine Reformschritte zum Bankeninsolvenzrecht, sei nur schwer zu argumentieren. Für den Finanzstaatssekretär ist die Wiederaufnahme der Reformgespräche die „Vorbedingung für alle weiteren Überlegungen“ in Sachen Bankenhilfe. Es ist ohnehin schon relativ klar, in welche Richtung der Vorschlag der EU-Kommission zum Bankeninsolvenzrecht gehen wird und was Österreich dann nationalstaatlich umsetzen wird müssen.

Bankenaufsicht muss früh eingreifen können

Inhaltlich plädiert Schieder für die Umsetzung der Vorschläge der Finanzmarktaufsicht. „Es geht darum, die Erpressbarkeit und die Kosten für den Staat möglichst gering zu halten“, sagt der Finanzstaatssekretär. Die Bankenaufsicht braucht frühzeitige Eingriffsmöglichkeiten, wenn eine Bank in Schieflage zu geraten droht. Außerdem muss es die Möglichkeit geben, im Ernstfall den systemrelevanten Teil der Bank (z.B. Spareinlagen) vom nichtsystemischen Teil (z.B. Investmentbanking) zu trennen. Damit wäre der Staat im Fall einer Insolvenz nicht mehr gezwungen, die gesamte Bank zu retten.